

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. G. Auer
Druck- u. Verlags-Anstalt
Auer, Kriegerstr. 10
Telephon 100
Vertriebspreis 10 Pf.

Verlagspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 3.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegblätter und Ausgabestellen, sowie ausserhalb der Reichsgrenzen, sind durch Briefträger oder Postboten zu bestellen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise für Zeitungsanzeigen sind für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwanberg 50 Pf., auswärtsige Anzeigen 60 Pf., Kleinanzeigen 3.— Mark. Bei größeren Anzeigen sind die Abgabepreise nicht gesetzlich gebunden, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht rechtzeitig bei der Druckerei eintrifft.

Nr. 226.

Dienstag, den 27. September 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Journal des Debats teilt mit, die französische Regierung habe dem deutschen Außenministerum am letzten Freitag eine energische Protestnote gegen den Wohlfühl französischer Waren in Deutschland überreicht lassen.

Die sogenannte kleine Strafprozeßreform nähert sich der Verwirklichung. Sie kommt dem Wunsch auf Heranziehung von Laien bei der Strafrechtsprechung im weitesten Maße entgegen.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik hat das gesamte bisherige Ministerium seines Amtes entlassen und ein neues Ministerium ernannt, in dem der frühere Außenminister Dr. Beneš den Vorsitz führt.

Das Ultimatum der Alliierten an Ungarn ist nunmehr in Budapest überreicht worden. Die tschechoslowakische Regierung setzt ihre Bemühungen fort, die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Nach einer aus türkischer Quelle stammenden Meldung aus Kleinasien soll die große Schlacht bei Eszä Scheyr zugunsten der Türken verlaufen sein. Die Kemalisten sollen diese Stadt besetzt haben.

Waren- oder Wertausfuhr.

W. W. Gewiß sind sich nur wenige von denen, die immer wieder mit Nachdruck Deutschlands Erfüllungswilligkeit betonen, darüber klar geworden, was die Steigerung der deutschen Warenausfuhr auf das zur Zahlung der Reparationsraten notwendige Maß für uns bedeuten wird. Die Devisenumlage, d. h. die Beschlagnahme eines Teiles der beim Außenhandel in deutsche Hände gelangenden Zahlungsmittel auf das Ausland, würde bestenfalls einen größeren oder kleineren Teil der letzten Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark sichern. Für die übrigen Beträge, also für den Rest der letzten Jahresrate und die 26 Prozent von Wert der deutschen Ausfuhr, müssen wir auf andere Weise Deckung zu schaffen suchen. Wir haben als selbstverständlich angenommen, daß Sachlieferungen an uns eine Reparationsausgleichsleistung als abgabepflichtige Ausfuhr gelten. Nach dem, was über die deutsch-französische Reparationsvereinbarung bekannt geworden ist, ist es dem Ermessen Frankreichs überlassen, wie viel Sachlieferungen es von uns beziehen will. Wir dürfen also nicht damit rechnen, daß wir laufend einen erheblichen Teil unserer Schuldverpflichtung durch Material- und Warenlieferungen abtragen können. Wir haben mit den Entzügen der deutschen Ausfuhr die unentbehrliche Einkaufsmittel zu bezahlen und weiter die Mittel auszubringen, um mindestens einen Teil der Barrate und die auf der Ausfuhr begründete Zusatzrate aufzubringen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Ausfuhr umso weniger Devisen in Privatständen läßt, je umfassender die Devisenbeschlagnahme durch das Reich ist. Seit Monaten hört und liest man immer wieder, daß wir unsere Ausfuhr auf das Äußerste steigern müssen. Je höher aber unsere Ausfuhr wird, umso höher werden die oben erwähnte Zusatzrate und damit die gesamte Zahlungspflicht. Es ist wahrscheinlich, daß die Reparationskommission von den vorläufig nicht in Umlauf zu bringenden 80 Milliarden Goldmark Schuldverpflichtungen der Serie C Wertteil in dem Maße ausgeben wird, wie die deutsche Zusatzzahlung steigt. Jeder Kosten der Schuldverpflichtungen Serie C, der einmal in Umlauf gebracht worden ist, erfordert aber laufende Verzinsung und Tilgung. Deshalb wird sich jede kommende Jahreszahlungsverpflichtung mindestens auf den Betrag der vorjährigen Zahlung stellen. Die Steigerung unserer Warenausfuhr schließt daher ernste Gefahren in sich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der private Gewinn bei der gesteigerten deutschen Ausfuhr 26 Prozent erreichen wird, daß also, volkswirtschaftlich betrachtet, die Ausfuhr nutzbringend ist. Wer auf die Revision des Londoner Reparations-Abkommens vom 5. Mai rechnet, muß alles vermeiden, was die deutsche Zahlungsverpflichtung in den nächsten Monaten und Jahren über das äußerste Maß hinaus steigert.

Nach diesen Betrachtungen muß man vielmehr zu dem Schluß gelangen, daß wir unsere Ausfuhr so wenig wie möglich erhöhen sollten. Das neue Projekt, über das gegenwärtig zwischen Vertretern der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung verhandelt wird, bedeutet zum erheblichen Teil einen Schritt zur Emanzipation von der Ausfuhr. Die Warenausfuhr wird uns mit Geldbußen belegen; die Wertausfuhr dagegen nicht. Stellen wir unsere Produktionsmittel als Pfand für ein großes internationales Darlehen zur Verfügung, und benutzen wir darüber hinaus den Personal- und Kredit unserer Wirtschaft im Ausland zur Aufnahme weiterer Beträge, so können wir es erreichen, daß wir für eine gewisse Spanne Zeit die für die Zahlungen des Reiches notwendigen Devisen erhalten, ohne unsere Ausfuhr aufzupumpen und ohne damit unsere

Zahlungspflicht zu steigern. Wird die große Kreditaktion von der gesamten deutschen Wirtschaft getragen, so wird die Gefahr unmittelbaren fremden Einflusses auf die deutsche Produktion gemindert. Die Sicherung der deutschen Zahlungen für die nächsten Termine würde weiter der gegenwärtigen Währungsinkulation den Boden entziehen. Niemand wird die Chancen auf dem deutschen Trümmerfeld bemitleiden, die dann ihre zum Zweck der Bewahrung des Reiches gekamerten und vielfach teuer bezahlten Devisen mit Verlust hergeben müssen. Die große Kreditaktion könnte also eine vollständige Besserung und Festigung des deutschen Marktes zur Folge haben. Trotzdem trägt die neueste Kreditaktion den Stempel des Unnormalen und Ungewundenen unverkennbar an sich. Es ist eine traurige Ironie des Schicksals, daß tatkräftige Vorkämpfer des deutschen Ausbaus eine Beschränkung der Warenausfuhr durchsetzen mußten. Wir hatten doch gehofft, nach dem fürchterlichen Kriege und nach fünfjährigem Abbruch von den Abhängigkeiten der Welt mit unseren Erzeugnissen im Ausland wieder Fuß zu fassen. Soweit wir Waren ausführen müssen, um mit dem Erlös die lebensnotwendige Einfuhr zu bezahlen, sollten wir wenigstens diejenigen Erzeugnisse bevorzugen, in denen wir auf dem Weltmarkt eine Zukunft haben, und die wir in steigendem Maße liefern können, sobald unsere Blühender sich von der Unbruchfähigkeit und den für alle Beteiligten verderblichen Folgen des Londoner Ultimatus überzeugt haben werden.

Umformung der Strafgerichte.

Erweiterung der Laienrechtsprechung. — Schöffen auch in Strafkammern.

Aus dem Reichsjustizministerium wird dem Volksbüro mitgeteilt: Der Wunsch an der Rechtsprechung der Strafgerichte Laien in weit größerem Umfange als bisher zu beteiligen, erscheint berechtigt und so dringlich, daß er schleunigst und noch vor der Durchführung der großen Prozeßreform erfüllt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Strafrechtsprechung berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst erweitert wird. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tageselder der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterchaft, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zur Zeit dem Reichsrat vorgelegter Gesetzentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausschüssen für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen entsandten Vertrauensmännern Tageselder gewährt werden sollen. Ein Gesetzentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich ein Gesetzentwurf, der eine Umformung der Strafgerichte bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden, und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmänner soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundzügen der Verhältniswahl geschehen. Die Mitwirkung des Landrechts bei der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen soll wegfallen; die Jahresliste soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschusse aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zur Zeit dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafhöhen, eine Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorsieht. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in kürzester Zeit im Reichsrat zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafverbrechen des geltenden Strafgesetzbuches den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden. Neben diesen Gesetzentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Bundesregierungen ersucht worden, zu den Vorschlägen des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Äußerungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Churchill für Annullierung der Entente-Kriegsschulden.

Zusammenwirken mit Deutschland?

In einer großen Rede in Dundee befaßte sich Churchill mit den großen weltpolitischen Fragen. Wie die Times melden, führte Churchill aus: Die Schulden und Entschädigungen überfliegen die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem. Die Staatsmänner aller Länder müßten jedoch als möglich zusammenkommen, um sich den Problemen des internationalen Handels zuzuwenden.

England habe versucht, soweit möglich, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu verzeihen und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schuldeten, vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle jene Verpflichtungen, die aus dem Kriege entstanden seien, von neuem auf eine praktische Dimension herabgesetzt und in eine Kategorie für sich gestellt würden. Ob dies möglich sei oder nicht — unmittelbar notwendig sei ein Mittelweg von internationaler Währung, das von den Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und wenigstens zeitweilig und während der Periode der Behandlung der Verfall von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen und normalen Grundlage stehen würde. Eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller und noch dringlicher sein als die Währungs-Konferenz in Washington.

Hierauf wandte sich Churchill den Entente-Fragen zu und meinte: Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit begegnen wolle, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den führenden Nationen bestehen. Es gäbe zwei große Gruppen von Nationen, wobei jede notwendig für das Wiederaufleben der Sicherheit der Welt sei. Erstens sei notwendig ein Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlfahrt Europas wieder aufzubauen; weiter sei notwendig ein Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Wettbewerbe in den Rüstungen zur See zu verhindern und den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Ein Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte, sondern nur dadurch, daß England Frankreich sichtbar mache, daß es immer noch sein Freund sei. England sei dadurch in der Lage, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern. In gleicher Weise könne England seine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern.

Kleine politische Meldungen.

Die Koalitionsoverhandlungen beim Reichspräsidenten. Zu den Besprechungen beim Reichspräsidenten, die am Mittwoch begannen, sind zunächst die Reichsjustizminister und das Zentrum geladen. An die Führer der Deutschen Volkspartei sind Aufforderungen des Reichspräsidenten bisher nicht ergangen. Mit ihnen sind voraussichtlich erst Ende der Woche Besprechungen statt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man, daß das neue Reichskabinett frühestens in der ersten Oktoberwoche konstituiert sein wird.

Die Einigung zwischen Bayern und dem Reich so gut wie sicher. Wie es heißt, erwartete die Reichsregierung im Laufe des Monats eine Klärung aus Wünschen über die Stellungnahme der bayerischen zuständigen Stellen zu dem in Berlin getroffenen Abkommen. Es wird angenommen, daß der Reichstag zustimmend lauten wird und die Krise damit beendet ist. In dem Falle würde die Reichsregierung von dem erledigten Abkommen, das seit dem Rücktritt Raues einige Änderungen erfahren hat, am Mittwoch im Reichstage Mitteilung machen.

Die innere Anleihe. Gestern traten auf Einladung des Reichsfinanziers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen großen Organisationen in der Reichskanzlei zusammen, um die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und den Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Die Erörterung hatte den Charakter einer Vorbesprechung und wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen gesetzt haben.

Kathenau berätet. Gestern vormittag wurden zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und den Führern der Koalitionsparteien Besprechungen geführt, bei welchen Minister Dr. Rathenau über seine Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbaumminister Loucheur Bericht erstattete. Später wurden auch die Führer der Oppositionsparteien über die Wiesbadener Verhandlungen informiert. Die Besprechungen waren vertraulich.

Alliierte Gespensteskrieg. Die militärische Kontrollkommission der Entente hat der Reichsregierung eine Note überreicht, die sich gegen die angeblich militärische Form der Schutzpolizei wendet. Das Reichskabinett hat sich am Sonntagabend unter Hinzuziehung von preussischen Dienststellen mit dieser Note beschäftigt. Die Reichsregierung hofft, wie der Lokal-Anzeiger wissen will, im Wege von Verhandlungen den Standpunkt der Entente-Kommission ändern zu können, da die Note nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern tatsächlich auch völlig unbegründet ist.

Die Schweizer Spure der Erzberger-Mörder. Am Sonntag ist ein drei Mann starkes Kommando der Berliner Kriminal-

richtet, unter
ab der Sch
für D
in ange
geschwungen
zu, fragen
um Stun
affen — für
s Jahr zu
mer Wechsel
heiben und
et mit einem
Diener und
völlig un
inderminde
Zukunft er
schertes Pul
kann es noch
in November
auf, daß die
Gründe auf
prechen sind
sich zu für
Vieladmittel,
ein unver
Kaiser dar
hm, daß er
ondern von
atfers Hoff
kein Mann,
lung seines
politisch, daß
heit machen
ausreichend
nun trümt
di er. Und
und Folgen
zu erörtern,
sollten aus
der Meinung
den anderer

is 29. Sept.
gramm
in Zeitung
adara
ken,
no-Theatern
Dagover
Schönzel
nde
dlungen
nat Pröchl,
y, 6 Uhr
y, 9 Uhr
ssen!

ung!
n Dienstag,
ledr.-Aug.
Berichtigung:
Tisch,
en, Zinf-
l, Näh-
stocher,
7-teilig,
al Georgi.

ichts
schlag
sich
müssen. Nichts
denn, nicht
man den Sch
mit-Medizin-Selb
1921. Scham er
und mit Locken
n. Großartig
sollen den Belä
n. Drogenen, Vap
grüßlich erbitte
zu einem 1/2
den eine
r Pflege
Bel
Mer, Aue
ger Straße 4.
Anzeigen
erfolg im
geblatt.

SLUB
Wir führen Wissen.